

## **Offener Brief „Waffenstillstand jetzt: Humanitäre Katastrophe abwenden, Zwei-Staaten-Lösung vorantreiben“**

Im Bewusstsein unserer gemeinsamen, globalen Verantwortung für die Sicherheit, Würde und Rechte von Zivilistinnen und Zivilisten rufen wir, die Unterzeichnenden, dringend zu einem sofortigen Waffenstillstand in Gaza sowie einen erneuten Anlauf zur Lösung des Konfliktes zwischen Israel und Palästina auf.

Als starke Unterstützer Israels müssen Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada ihre Position nutzen, um einen erneuten Waffenstillstand sowie ultimativ einen nachhaltigen Frieden im Interesse beider, Israelis und Palästinenser, voranzutreiben.

Der Angriff der Hamas am siebten Oktober war ein brutaler Terrorakt und ein abscheulicher Verstoß gegen internationales Recht. Wir verurteilen diesen Zivilisationsbruch aus Mord, Folter, sexualisierter Gewalt und Geiselnahme, der sich gegen unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten, inklusive Kinder, richtete, aufs Schärfste. Alle Geiseln müssen von der Hamas sofort freigelassen werden. Wie jeder andere Staat hat Israel im Rahmen des Völkerrechts das Recht, sich selbst zu verteidigen und gegen zukünftige Angriffe zu schützen.

Die fortlaufenden Kampfhandlungen in Gaza lassen jedoch keinen Schutzraum mehr für Zivilistinnen und Zivilisten in einem der am dichtest besiedelten Gebiete der Welt zu. Die totale Abriegelung Gazas schneidet über zwei Millionen Menschen, die Hälfte davon Kinder, weitestgehend von Strom, Wasser, Nahrung, Medizin, Telekommunikation und Treibstoff ab.

Die humanitäre Situation in dem betroffenen Gebiet verschärft sich zusehends. Die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung sind aufgrund von Nahrungsmittelknappheit und dem Ausbruch von Seuchen und Krankheiten äußerst prekär. Darüber hinaus haben die Bombardements, die von den israelischen Streitkräften durchgeführt wurden, zu erheblichen Schäden an der zivilen Infrastruktur geführt, was zu einer massiven Vertreibung von Millionen Menschen und zum Tod von fast 25.000 Menschen geführt hat, unter ihnen mehr als 7000 Kinder. Die Lage vor Ort wird täglich bedrückender und stellt eine immense humanitäre Notlage dar.

Wir glauben, dass der Preis, die Hamas zu besiegen nicht die Inkaufnahme des andauernden Leids der palästinensischen Zivilbevölkerung sein kann. Inzwischen sind auch israelische Geiseln den Angriffen zum Opfer gefallen. Ein erneuter, humanitärer Waffenstillstand ist sofort notwendig.

Vergangene Waffenpausen haben gezeigt, dass diese wirksam genutzt werden können, um israelische Geiseln zu befreien und das Leben von Zivilistinnen und Zivilisten in Gaza zu retten. Ein erneuter, nachhaltiger Waffenstillstand würde es ermöglichen, die dringend benötigte humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen, um die zunehmende humanitäre Katastrophe aus Verletzungen, Krankheiten, Unterernährung und Dehydrierung zu lindern. Es würde auch die Befreiung der Geiseln erlauben - eine notwendige Bedingung für den Frieden.

Die Alternative der weiteren Eskalation birgt große Risiken für Israel und die regionale Stabilität. In der Westbank hat sich bereits Gewalt entfacht. Die Palästinensische Zivilbevölkerung wird vermehrt Opfer von Übergriffen extremistischer Siedlerinnen und Siedler. Diese Angriffe finden in einem Umfeld statt, das nahezu Straffreiheit gewährt und bereits Hunderte palästinensische Leben gefordert hat – eine absolut untragbare Situation. Tausende Palästinenserinnen und Palästinenser sind in der West

Bank festgenommen worden. Vom Iran unterstützte Huthis haben Raketen auf kommerzielle Schiffe im Roten Meer abgefeuert, während die Hisbollah im Südlibanon regelmäßig auf Israels Norden feuert.

Sollten sich diese Akteure tatsächlich aktiv in den Konflikt einschalten, könnte dies verheerende Auswirkungen auf die ganze Region haben.

Sobald ein Waffenstillstand erreicht ist, muss erneut mit intensiver diplomatischer Arbeit begonnen werden, um einen dauerhaften Frieden zu etablieren. Die Millionen von Menschen in Israel und den palästinensischen Gebieten werden weiterhin dort leben. Einzig eine politische Lösung, die das Selbstbestimmungsrecht und die Würde beider Völker, sowohl der Israelis als auch der Palästinenser, respektiert, kann den Grund für Hass und Hoffnungslosigkeit beseitigen, welche die radikale Ideologie der Hamas nähren.

Wir glauben, dass unsere Länder einen neuen Anlauf einer Außenpolitik anführen müssen, der dem Konflikt zwischen Israel und Palästina ein Ende setzt und Rechte, Würde und Sicherheit beider Völker in den Mittelpunkt stellt. Dieser Prozess muss zum Ziel haben, eine nachhaltige und umfassende Lösung des Konflikts im Einklang mit internationalem Recht herbeizuführen.

Den Verantwortlichen in der Region muss bewusst sein, dass eine Rückkehr zum bisherigen, unhaltbaren und riskanten Status quo, in dem der Konflikt ungelöst bleibt, keine Option ist. Es ist unerlässlich, dass weder die Hamas noch andere Gruppierungen Gaza weiterhin als Basis für Aktivitäten nutzen, die Israels Sicherheit bedrohen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass Israel die restriktive Blockade des Gazastreifens aufhebt und die unrechtmäßige Besetzung palästinensischer Gebiete beendet.

Die Vision einer Zwei-Staaten-Lösung bleibt der einzig gangbare Weg für eine nachhaltige Konfliktlösung – hierbei kommt Deutschland, den USA und Kanada gemeinsam mit regionalen Akteuren eine Schlüsselrolle zu, diesen Weg konstruktiv zu revitalisieren. Es ist wichtig, dass die Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zum Ausdruck kommt. Unsere Regierungen sollten sich für die Einhaltung internationalen Rechts einsetzen und unsere Verbündete für ihre Handlungen in die Verantwortung nehmen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, sowohl die israelische als auch die palästinensische Führung gleichermaßen zur Verantwortung zu ziehen, wenn Handlungen die Realisierung einer möglichen Zwei-Staaten-Lösung gefährden. Die Ausweitung israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten durch Premierminister Netanyahu stellt nicht nur ein erhebliches Hindernis für die Erreichung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens dar, sondern ist ein Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention, die von den Verbündeten verurteilt werden muss.

Es bedeutet auch nennenswerte internationale Wiederaufbauhilfe für die zerstörten zivilen Ortschaften in Gaza und Israel bereit zu stellen. Die Schaffung einer staatlichen Infrastruktur für Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit werden unabdingbar sein für einen möglichen demokratischen, palästinensischen Staat.

Mehr denn je bedarf es unserer gemeinsamen Aufmerksamkeit für die Probleme der Region und einer diplomatischen Initiative, um den Kreislauf der Gewalt zu beenden und eine Zukunft zu ermöglichen, in der Israelis und Palästinenser in Frieden und Sicherheit nebeneinander leben können, in unabhängigen, lebensfähigen und international anerkannten Staaten.

Während wir uns dieser Vision erneut verpflichten, beteuern wir gleichzeitig unsere historische Verantwortung jüdisches Leben hier wie dort zu schützen. Unsere Solidarität mit Jüdinnen und Juden sowie unsere Überzeugung für die Notwendigkeit der Existenz eines jüdischen Staates macht es umso dringlicher für Deutschland, die Vereinigten Staaten und Kanada die israelische Regierung zu einer Abkehr von ihrer jetzigen Politik zu bewegen, die nur zu mehr Gewalt und Hass führen wird.

Dieser Konflikt verbreitet sich in Form von wachsendem Antisemitismus, anti-palästinensischem Hass und Islamfeindlichkeit/antimuslimischer Rassismus weit über den Nahen Osten hinaus. Wir verurteilen diesen Hass in jeder Form und unterstreichen dabei die Notwendigkeit eines demokratischen Rechts auf eine offene und respektvolle Debatte über die Sichtweisen auf diesen Konflikt.

Die Sicherheit und die Zukunft von Israel und Palästina sind untrennbar miteinander verbunden. Nur eine politische Lösung kann den Wunsch nach Frieden und Sicherheit erfüllen. Unsere Länder müssen gemeinsam vorangehen, um diesen Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen.

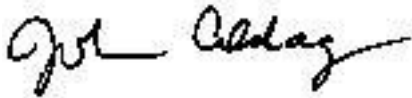
Mit freundlichen Grüßen



**Sanae Abdi**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der SPD-Bundestagsfraktion, Köln, Deutschland



**Adis Ahmetovic**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecher für Internationale Klima- und Energiepolitik in der SPD-Bundestagsfraktion, Hannover, Deutschland



**John Aldag**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Cloverdale – Langley City, Kanada



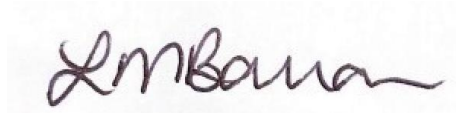
**Shafqat Ali**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Brampton Centre, Kanada



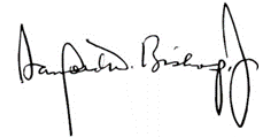
**Charlie Angus**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Sprecher für natürliche Ressourcen (Arbeit und gerechter Wandel), Timmins – James Bay, Kanada



**Nezahat Baradari**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin für Kinder- und Jugendgesundheit und Europäische Gesundheitspolitik in der SPD-Bundestagsfraktion, Nordrhein-Westfalen, Deutschland



**Lisa Marie Barron**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Sprecherin für Fischerei und Ozeane, Nanaimo-Ladysmith, Kanada



**Sanford Bishop**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-GA, 2), Georgia, Vereinigte Staaten von Amerika



**Alexandre Boulerice**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Stellvertretender Vorsitzender und Sprecher für Arbeit, Rosemont La-Petite-Patrie, Kanada

**Udo Bullman**, SPD-Europaabgeordneter, Vorsitzender des Unterausschusses für Menschenrechte, Hessen, Deutschland

**Delara Burkhardt**, SPD-Europaabgeordnete, Kiel, Deutschland



**Isabel Cademartori**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Mannheim, Deutschland



**Andre Carson**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-IN, 7), Indiana, Vereinigte Staaten von Amerika



**Joaquín Castro**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-TX20), Texas, Vereinigte Staaten von Amerika

**Paul Chiang**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Markham-Unionville, Kanada

**Bonnie Watson Coleman**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-NJ, 12), New Jersey, Vereinigte Staaten von Amerika

**Laurel Collins**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Sprecherin für Umwelt und Klimawandel, Victoria, Kanada

**Don Davies**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Gesundheitspolitischer Sprecher, Vancouver Kingsway, Kanada

**Lloyd Doggett**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-TX, 37), Texas, Vereinigte Staaten von Amerika

**Nathaniel Erskine-Smith**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Beaches—East York, Kanada

**Veronica Escobar**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-TX, 16), Texas, Vereinigte Staaten von Amerika

**John Garamendi**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-CA08), Kalifornien, Vereinigte Staaten von Amerika



**Jesus G. "Chuy" Garcia**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-IL, 4), Illinois, Vereinigte Staaten von Amerika



**Manuel Gava**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender Sprecher für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der SPD-Bundestagsfraktion, Osnabrück, Deutschland



**Mark Gerresten**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Kingston and the Islands, Kanada



**Al Green**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-TX, 9), Texas, Vereinigte Staaten von Amerika



**Jasmina Hostert**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin für Kinder und Jugendbildung der SPD-Bundestagsfraktion, Böblingen, Deutschland



**Hank Johnson**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-GA, 4), Georgia, Vereinigte Staaten von Amerika



**Frank Junge**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecher für den Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz der SPD-Bundestagsfraktion, Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland



**Macit Karaahmetoğlu**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwigsburg, Deutschland



**Anna Kassautzki**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretende Sprecherin für Digitalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland



**Arielle Kayabaga**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, London West, Kanada



**Jenny Kwan**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Wohnen und Einwanderung, Vancouver East, Canada

**Bernd Lange**, SPD-Europaabgeordneter, Vorsitzender des Ausschusses für internationalen Handel, Hannover, Deutschland



**Stephen Lynch**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (D-MA, 8), Massachusetts, Vereinigte Staaten von Amerika

**Brian Masse**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Sprecher für Innovation, Wissenschaft und Industrie, Autostrategie, Grenzbeziehungen zwischen Kanada und den USA und den Great Lakes, Windsor West, Kanada

**Lindsay Mathyssen**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Verteidigungspolitische Sprecherin, London-Fanshawe, Kanada

**Betty McCollum**, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (DFL-MN, 4), Minnesota, Vereinigte Staaten von Amerika

**Heather McPherson**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Sprecherin für auswärtige Angelegenheiten und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Edmonton-Strathcona, Kanada

**Dirk-Ulrich Mende**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Niedersachsen, Deutschland

**Yasir Naqvi**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Ottawa-Centre, Kanada

**Rasha Nasr**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin für Migration und Integration, stellvertretende Sprecherin für Arbeit und Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Dresden, Deutschland

**Jennifer O'Connell**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Pickering-Uxbridge, Kanada



**Aydan Özoğuz**, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Mitglied des Deutschen Bundestages, Hamburg, Deutschland

**Christian Petry**, Mitglied des Deutschen Bundestages, europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Sankt Wendel, Deutschland


**Dr. Nina Scheer**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin für Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd, Deutschland

**Johannes Schrapf**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Weserbergland, Deutschland

**Jagmeet Singh**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, New Democratic Party of Canada, Parteivorsitzender, Burnaby South, Kanada

**Ralf Stegner**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecher für Transatlantische Beziehungen und USA der SPD-Bundestagsfraktion, Pinneberg, Deutschland

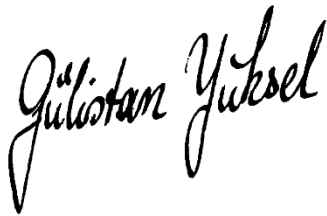
**Derya Türk-Nachbaur**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretende Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion, Schwarzwald-Baar, Deutschland



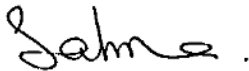
**Adam van Koeverden**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Milton, Kanada



**Lena Werner**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretende Sprecherin für Wirtschaftspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Bitburg, Deutschland



**Gülistan Yüksel**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretende Sprecherin für Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion, Mönchengladbach, Deutschland



**Salma Zahid**, Mitglied des Kanadischen Parlaments, Liberal Party of Canada, Scarborough-Centre, Kanada



**Armand Zorn**, Mitglied des Deutschen Bundestages, Stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Frankfurt am Main, Deutschland

January 18, 2024

## **Open letter: Ceasefire now: Avert humanitarian catastrophe, advance the two-state solution**

In the spirit of our shared global responsibility and with a deep commitment to the safety, dignity and rights of civilians, we the undersigned urgently call for a ceasefire in Gaza and a new push for a durable resolution to the Israeli-Palestinian conflict.

Germany, the United States, and Canada are strong supporters of Israel – and must now use this position to advance the cause of a renewed ceasefire, and ultimately a permanent peace, in the interests of both Palestinians and Israelis alike.

The Hamas assault of October 7 was a brutal act of terror and a heinous breach of international law. The attacks, which included sexual violence, torture, murder and the taking of civilian hostages including children, are an affront to humanity and must be condemned in the strongest possible terms. All hostages taken by Hamas must be released immediately. As would any state, Israel has the right to defend itself and to guard against future attacks, in accordance with international law.

Yet, Israel's unfolding military operations in Gaza have left no safe space for civilians in the most densely populated territory on earth. Its total siege has cut off communications, electricity, water, food, medicine and fuel to Gaza's two million inhabitants, half of whom are children. Starvation and disease now stalk the civilian population. Added to this unfolding catastrophe, the Israeli bombing campaign has destroyed vast amounts of civilian infrastructure, displaced millions, and killed nearly 25,000 civilians, including over 7,000 children. Conditions on the ground are inhumane, and grow more intolerable and lethal by the day.

We believe that the price of defeating Hamas cannot be the ongoing suffering of all Palestinian civilians. Even Israeli hostages have inadvertently become victims of Israel's military action. A renewed humanitarian ceasefire is needed now.

As the recent temporary ceasefire proved, these agreements are an effective way to get Israeli hostages home and save civilian lives in Gaza. A new and sustainable ceasefire would allow for the delivery of much-needed humanitarian aid to Gaza to begin to alleviate the growing humanitarian catastrophe of injuries, illness, malnutrition and dehydration. It would also allow for the return of more Israeli hostages, which is a necessary prerequisite for peace.

The alternative of escalation carries grave risks to Israel and to regional stability. Violence in the West Bank has already exploded, with Palestinian civilians being targeted by extremist settlers in an unacceptable atmosphere of near-impunity that has left hundreds of Palestinians dead and thousands imprisoned. Iranian-backed Houthis have fired ballistic missiles at commercial ships in the Red Sea, while Hezbollah now regularly fires on northern Israel. Were these outside actors to join the conflict in earnest, the regional consequences could be catastrophic.

When a new ceasefire is established, the hard diplomatic work of forging a lasting peace must begin again. The millions of people who live in Israel and the Palestinian territories are not going anywhere. Only a political solution that upholds the right to self-determination and the dignity of both peoples, Israeli and Palestinian alike, can remove the hatred and hopelessness that feeds the radical ideology of Hamas.

We believe that our countries should spearhead a renewed foreign policy push to secure an end to the Israeli-Palestinian conflict that places the rights, dignity and security of both Israelis and

Palestinians at the core. This process must seek to secure a lasting and comprehensive resolution to the conflict in accordance with international law.

It must be clear to leaders in the region that there can be no return to an unsustainable and dangerous status quo where this conflict remains unresolved. Ultimately, Hamas and other terrorist groups must no longer use Gaza as a platform for terrorism that poses a threat to the safety of Israelis – and Israel must end its unsustainable siege of Gaza and its illegal occupation of Palestinian territory.

The two-state solution is the only viable path forward, and Germany, the United States and Canada have a crucial role to play in working with regional powers to revive this track. We believe that it is no longer enough to hold the two-state solution as an official policy goal while undermining it in action: our governments must uphold international law and hold our allies accountable for their actions.

This means calling out Israeli and Palestinian leadership alike when they sabotage the potential for a two-state solution. Prime Minister Netanyahu's aggressive expansion of Israeli settlements in the occupied territories is a major obstacle to achieving a comprehensive, just and lasting peace as well as a violation of the Fourth Geneva Convention, and must be denounced by allies.

It also means putting substantial international development resources into devastated civilian areas in Gaza and Israel, including reconstruction and the creation of state infrastructure needed for education, health, social welfare and the rule of law in an eventual democratic Palestinian state.

Now more than ever, the challenges faced by the region demand our ongoing collective attention and a diplomatic push to end the cycle of violence and move towards a future where Israelis and Palestinians live side by side, in peace and security, in independent, viable and internationally-recognized states.

As we re-commit to this vision, we also stand by our historic responsibility to protect Jewish lives at home and abroad. Our solidarity with Jewish people and our belief in the importance of a Jewish state makes it even more vital for Germany, the United States and Canada to urge Israel's government to abandon policies that will only lead to more violence and hatred.

Rising anti-Semitism, anti-Palestinian hatred and Islamophobia have spread the conflict well beyond the Middle East. As we renew our condemnation of this hate, we also underline the importance of the democratic right to open and respectful debate of the issues in this conflict.

The safety and the futures of Israelis and Palestinians are inextricably bound. It is only through a just political resolution that peace and security can become a reality rather than an aspiration – and our countries must help lead the way.

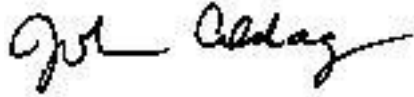
Sincerely,



**Sanae Abdi**, Member of the *German Bundestag*, Spokeswoman for Economic Cooperation and Development for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Cologne, Germany



**Adis Ahmetovic**, Member of the *German Bundestag*, Spokesman for International Climate and Energy Policy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Hannover, Germany



**John Aldag**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Cloverdale – Langley City, Canada



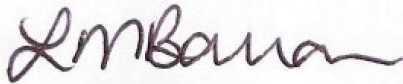
**Shafqat Ali**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Brampton Centre, Canada



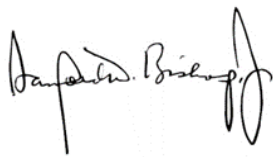
**Charlie Angus**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Critic for Natural Resources (Jobs and Just Transition), Timmins – James Bay, Canada



**Nezahat Baradari**, Member of the *German Bundestag*, Spokeswoman for Child and Youth Health and European Health Policy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, North Rhine-Westphalia, Germany



**Lisa Marie Barron**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Critic for Fisheries and Oceans, Nanaimo-Ladysmith, Canada



**Sanford Bishop**, Member of Congress (D-GA, 2), Georgia, United States of America



**Alexandre Boulerice**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Deputy Leader and Critic for Labour, Rosemont La-Petite-Patrie, Canada

**Udo Bullman**, Member of the European Parliament, Chairman of the Subcommittee on Human Rights, Social Democratic Party of Germany, Hesse, Germany

**Delara Burkhardt**, Member of the European Parliament, Social Democratic Party of Germany, Kiel, Germany



**Isabel Cademartori**, Member of the *German Bundestag*, Spokeswoman for Transport for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Mannheim, Germany



**Andre Carson**, Member of Congress (D-IN, 7), Indiana, United States of America



**Joaquín Castro**, Member of Congress (D-TX20), Texas, United States of America



**Paul Chiang**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Markham-Unionville, Canada



**Bonnie Watson Coleman**, Member of Congress (D-NJ, 12), New Jersey, United States of America



**Laurel Collins**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Critic for Environment and Climate Change, Victoria, Canada



**Don Davies**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Critic for Health, Vancouver Kingsway, Canada

**Lloyd Doggett**, Member of Congress (D-TX, 37), Texas, United States of America

**Nathaniel Erskine-Smith**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Beaches—East York, Canada

**Veronica Escobar**, Member of Congress (D-TX, 16), Texas, United States of America

**John Garamendi**, Member of Congress (D-CA08), California, United States of America

**Jesus G. "Chuy" Garcia**, Member of Congress (D-IL, 4), Illinois, United States of America

**Manuel Gava**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokesman for Economic Cooperation and Development for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Osnabrück, Germany

**Mark Gerresten**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Kingston and the Islands, Canada

**Al Green**, Member of Congress (D-TX, 9), Texas, United States of America



**Jasmina Hostert**, Member of the *German Bundestag*, Spokeswoman for Child and Youth Education for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Böblingen, Germany



**Hank Johnson**, Member of Congress (D-GA, 4), Georgia, United States of America



**Frank Junge**, Member of the *German Bundestag*, Spokesman on the budget of the Federal Ministry for Economic Affairs and Climate Protection for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Mecklenburg-Vorpommern, Germany




**Macit Karaahmetoğlu**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokesman for Legal Policy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Ludwigsburg, Germany



**Anna Kassautzki**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokeswoman for Digital policy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland



**Arielle Kayabaga**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, London West, Canada





**Jenny Kwan**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Caucus Chair and Critic for Housing and Immigration, Vancouver East, Canada

**Bernd Lange**, Member of the European Parliament, Chairman of the Committee on International Trade, Social Democratic Party of Germany, Hanover, Germany



**Stephen Lynch**, Member of Congress (D-MA, 8), Massachusetts, United States of America



**Brian Masse**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Critic for Innovation, Science and Industry, Auto Strategy, Canada/US Border Relations and the Great Lakes, Windsor West, Canada



**Lindsay Mathysen**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Critic for National Defense, London-Fanshawe, Canada



**Betty McCollum**, Member of Congress (DFL-MN, 4), Minnesota, United States of America



**Heather McPherson**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Critic for Foreign Affairs and Deputy Whip, Edmonton-Strathcona, Canada



**Dirk-Ulrich Mende**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokesman for Local Government for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Lower Saxony, Germany



**Yasir Naqvi**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Ottawa Centre, Canada

Rasha Nasr

**Rasha Nasr**, Member of the *German Bundestag*, Spokeswoman for Migration and Integration, Deputy Spokeswoman for Labor and Social Policy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Dresden, Germany



**Jennifer O'Connell**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Pickering-Uxbridge, Canada



**Aydan Özoğuz**, Vice President of the *German Bundestag*, Member of the *Bundestag*, Hamburg, Germany



**Christian Petry**, Member of the *German Bundestag*, Spokesman for European Union Affairs for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Sankt Wendel, Germany



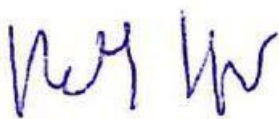
**Dr. Nina Scheer**, Member of the *German Bundestag*, Spokeswoman for Climate Protection and Energy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd, Germany



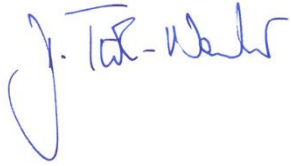
**Johannes Schrapf**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokesman for European Union Affairs for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Weser Uplands, Germany



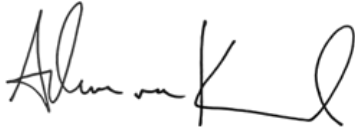
**Jagmeet Singh**, Member of Parliament, New Democratic Party of Canada, Leader, Burnaby South, Canada



**Ralf Stegner**, Member of the *German Bundestag*, Spokesman for Transatlantic Relations and USA for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Pinneberg, Germany



**Derya Türk-Nachbaur**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokeswoman for Human Rights and Humanitarian Aid for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Schwarzwald-Baar, Germany



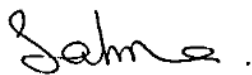
**Adam van Koeverden**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Milton, Canada



**Lena Werner**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokeswoman for Economic Policy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Bitburg, Germany



**Gülistan Yüksel**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokeswoman for Migration and Integration for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Mönchengladbach, Germany



**Salma Zahid**, Member of Parliament, Liberal Party of Canada, Scarborough Centre, Canada



**Armand Zorn**, Member of the *German Bundestag*, Deputy Spokesman for Fiscal Policy for the SPD Caucus in the *Bundestag*, Frankfurt am Main, Germany

## **Lettre ouverte : Cessez-le-feu maintenant : Éviter une catastrophe humanitaire, promouvoir la solution à deux États**

Dans l'esprit de notre responsabilité mondiale partagée et avec un profond engagement envers la sécurité, la dignité et les droits des civils, nous, soussigné-es, appelons de toute urgence à un cessez-le-feu à Gaza et à une nouvelle impulsion en faveur d'une résolution durable du conflit israélo-palestinien.

L'Allemagne, les États-Unis et le Canada soutiennent fermement Israël et doivent maintenant utiliser cette position pour promouvoir la cause d'un cessez-le-feu renouvelé et, à terme, une paix permanente, dans l'intérêt tant des Palestiniens que des Israéliens.

L'attaque du Hamas du 7 octobre est un acte de terreur brutal et une violation odieuse du droit international. Ces attaques, qui ont comporté des violences sexuelles, des tortures, des meurtres et la prise d'otages civils, y compris des enfants, sont un affront à l'humanité et doivent être condamnées avec la dernière énergie. Tous les otages pris par le Hamas doivent être libérés immédiatement. Comme tout État, Israël a le droit de se défendre et de se prémunir contre de futures attaques, conformément au droit international.

Pourtant, les opérations militaires menées par Israël à Gaza n'ont laissé aucun espace sécuritaire aux civils dans le territoire le plus densément peuplé de la planète. Son siège total a coupé les communications, l'électricité, l'eau, la nourriture, les médicaments et le carburant aux deux millions d'habitants de Gaza, dont la moitié sont des enfants. La famine et les maladies frappent désormais la population civile. S'ajoutant à cette catastrophe en cours, la campagne de bombardement israélienne a détruit une grande partie des infrastructures civiles, déplacé des millions de personnes et tué presque 25 000 civils, dont plus de 7 000 enfants. Les conditions sur le terrain sont inhumaines et deviennent chaque jour plus intolérables et meurtrières.

Nous pensons que le prix à payer pour vaincre le Hamas ne peut être la souffrance permanente de tous les civils palestiniens. Même les otages israéliens sont devenus involontairement des victimes de l'action militaire d'Israël. Un nouveau cessez-le-feu humanitaire est nécessaire dès maintenant.

Comme l'a prouvé le récent cessez-le-feu temporaire, ces accords sont un moyen efficace de ramener les otages israéliens chez eux et de sauver des vies civiles à Gaza. Un nouveau cessez-le-feu durable permettrait l'acheminement de l'aide humanitaire dont Gaza a tant besoin pour commencer à atténuer la catastrophe humanitaire croissante que constituent les blessures, les maladies, la malnutrition et la déshydratation. Il permettrait également le retour d'un plus grand nombre d'otages israéliens, ce qui est la condition sine qua non de la paix.

L'alternative de l'escalade comporte de graves risques pour Israël et pour la stabilité régionale. La violence en Cisjordanie a déjà explosé, les civils palestiniens étant pris pour cible par des colons extrémistes dans un climat inacceptable de quasi-impunité qui a fait des centaines de morts et des milliers d'emprisonnés parmi les Palestiniens. Les Houthis, soutenus par l'Iran, ont tiré des missiles balistiques sur des navires commerciaux en mer Rouge, tandis que le Hezbollah tire désormais régulièrement sur le nord d'Israël. Si ces acteurs extérieurs venaient à se joindre sérieusement au conflit, les conséquences régionales pourraient être catastrophiques.

Lorsqu'un nouveau cessez-le-feu sera instauré, il faudra reprendre le difficile travail diplomatique de construction d'une paix durable. Les millions de personnes qui vivent en Israël et dans les territoires

palestiniens ne vont nulle part. Seule une solution politique qui respecte le droit à l'autodétermination et la dignité des deux peuples, israélien et palestinien, peut éliminer la haine et le désespoir qui alimentent l'idéologie radicale du Hamas.

Nous croyons que nos pays devraient être à l'avant-garde d'un nouvel élan politique pour mettre fin au conflit israélo-palestinien qui place au cœur des préoccupations les droits, la dignité et la sécurité aussi bien des Israéliens que des Palestiniens. Ce processus doit viser à assurer une résolution durable et complète du conflit dans le respect du droit international.

Il doit être clair pour les dirigeants de la région qu'il ne peut y avoir de retour à un statu quo insoutenable et dangereux si ce conflit n'est pas résolu. En fin de compte, le Hamas et les autres groupes terroristes ne doivent plus utiliser Gaza comme une plateforme de terrorisme qui menace la sécurité des Israéliens, et Israël doit mettre fin à son siège insoutenable de Gaza et à son occupation illégale du territoire palestinien.

La solution à deux États est la seule voie viable, et l'Allemagne, les États-Unis et le Canada ont un rôle crucial à jouer en travaillant avec les puissances régionales pour relancer cette voie. Nous pensons qu'il ne suffit plus de faire de la solution à deux États un objectif politique officiel tout en la sapant dans les faits : nos gouvernements doivent faire respecter le droit international et tenir nos alliés pour responsables de leurs actes.

Cela signifie qu'il faut interpeller les dirigeants israéliens et palestiniens lorsqu'ils sabotent le potentiel d'une solution à deux États. L'expansion agressive des colonies israéliennes dans les territoires occupés par le premier ministre Netanyahu constitue un obstacle majeur à l'instauration d'une paix globale, juste et durable, ainsi qu'une violation de la quatrième convention de Genève, et doit être condamnée par les alliés.

Cela signifie également qu'il faut consacrer d'importantes ressources internationales au développement des zones civiles dévastées de Gaza et d'Israël, notamment à la reconstruction et à la création des infrastructures publiques nécessaires à l'éducation, à la santé, à la protection sociale et à l'État de droit dans un futur État palestinien démocratique.

Aujourd'hui plus que jamais, les défis auxquels la région est confrontée exigent une attention collective permanente et une impulsion diplomatique pour mettre fin au cycle de la violence et s'acheminer vers un avenir où Israéliens et Palestiniens vivront côte à côte, dans la paix et la sécurité, au sein d'États indépendants, viables et reconnus par la communauté internationale.

Tout en réaffirmant notre engagement en faveur de cette vision, nous restons fidèles à notre responsabilité historique de protéger les vies juives dans notre pays et à l'étranger. Notre solidarité avec le peuple juif et notre conviction de l'importance d'un État juif font qu'il est encore plus vital pour l'Allemagne, les États-Unis et le Canada d'exhorter le gouvernement d'Israël à abandonner des politiques qui ne feront qu'accroître la violence et la haine.

La montée de l'antisémitisme, de la haine anti-palestinienne et de l'islamophobie a propagé le conflit bien au-delà du Moyen-Orient. En renouvelant notre condamnation de cette haine, nous soulignons également l'importance du droit démocratique à un débat ouvert et respectueux sur les enjeux de ce conflit.

La sécurité et l'avenir des Israéliens et des Palestiniens sont inextricablement liés. Ce n'est que par une résolution politique juste que la paix et la sécurité peuvent devenir une réalité plutôt qu'une aspiration – et nos pays doivent contribuer à montrer la voie.

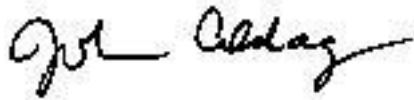
Sincèrement,



**Sanae Abdi**, Membre du Bundestag, Porte-parole pour la Coopération économique et le Développement pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Cologne (Allemagne)



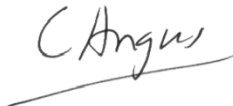
**Adis Ahmetovic**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole pour la Politique climatique et énergétique internationale pour le groupe parlementaire SPD au *Bundestag*, Hanovre (Allemagne)



**John Aldag**, Député, Parti libéral du Canada, Cloverdale – Langley City (Canada)



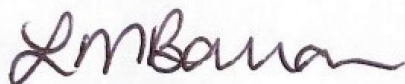
**Shafqat Ali**, Député, Parti libéral du Canada, Brampton-Centre (Canada)



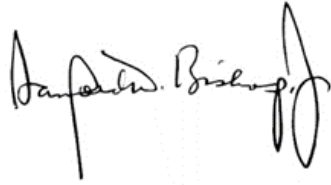
**Charlie Angus**, Député, Nouveau Parti démocratique du Canada, Porte-parole - Ressources naturelles (emplois et transition équitable), Timmins – James Bay (Canada)



**Nezahat Baradari**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole pour la Santé des enfants et des jeunes et la Politique européenne de la santé pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Rhénanie-du-Nord–Westphalie (Allemagne)



**Lisa Marie Barron**, Députée, Nouveau Parti démocratique du Canada, Porte-parole - Pêches, Océans et Garde côtière canadienne, Nanaimo-Ladysmith (Canada)



**Sanford Bishop**, membre du Congrès (D-GA, 2), Georgia, (États-Unis d'Amérique)



**Alexandre Boulrice**, Député, Nouveau Parti démocratique du Canada, Chef adjoint et porte-parole en matière de Travail, Rosemont–La Petite-Patrie (Canada)

**Udo Bullman**, membre du Parlement européen, président de la sous-commission des droits de l'homme, Parti social-démocrate d'Allemagne, Hesse, Allemagne

**Delara Burkhardt**, membre du Parlement européen, Parti social-démocrate d'Allemagne, Kiel, Allemagne



**Isabel Cademartori**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole en matière de Transports pour le groupe parlementaire SPD au *Bundestag*, Mannheim (Allemagne)



**Andre Carson**, Membre du Congrès (D-IN, 7) Indiana (États-Unis d'Amérique)



**Joaquín Castro**, Membre du Congrès (D-TX20) Texas, (États-Unis d'Amérique)



**Paul Chiang**, Député, Parti libéral du Canada, Markham-Unionville (Canada)



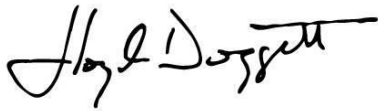
**Bonnie Watson Coleman**, membre du Congrès (D-NJ,12) New Jersey (États-Unis d'Amérique)



**Laurel Collins**, Députée, Nouveau Parti démocratique du Canada, Porte-parole - Environnement et changement climatique, Victoria (Canada)



**Don Davies**, Député, Nouveau Parti démocratique du Canada, Porte-parole – Santé, Vancouver Kingsway (Canada)



**Lloyd Doggett**, membre du Congrès (D-TX, 37), Texas (États-Unis d'Amérique)



**Nathaniel Erskine-Smith**, Député, Parti libéral du Canada, Beaches–East York (Canada)



**Veronica Escobar**, Membre du Congrès (D-TX, 16) Texas (États-Unis d'Amérique)



**John Garamendi**, Membre du Congrès (D-CA08), Californie, (États-Unis d'Amérique)



**Jesus G. “Chuy” Garcia**, membre du Congrès (D-IL, 4), Illinois (États-Unis d'Amérique)



**Manuel Gava**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole adjoint pour la Coopération économique et le Développement pour le groupe SPD au *Bundestag*, Osnabrück (Allemagne)



**Mark Gerresten**, Député, Parti libéral du Canada, Kingston et les Îles (Canada)

**Al Green**, membre du Congrès (D-TX, 9) Texas (États-Unis d'Amérique)

**Jasmina Hostert**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole en matière d'Éducation des enfants et des jeunes pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Böblingen (Allemagne)

**Hank Johnson**, Membre du Congrès (D-GA, 4) Georgia (États-Unis d'Amérique)

**Frank Junge**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole pour le Budget du ministère fédéral de l'Économie et de la Protection du climat pour le groupe parlementaire SPD au *Bundestag*, Mecklenbourg-Poméranie (Allemagne)

**Macit Karaahmetoğlu**, Membre du *Bundestag*, porte-parole adjoint en matière de Politique juridique pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Ludwigsburg (Allemagne)

**Anna Kassautzki**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole adjointe en matière de Politique numérique pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Mecklenbourg-Poméranie (Allemagne)

**Arielle Kayabaga**, Députée, Parti libéral du Canada, London-Ouest (Canada)

**Jenny Kwan**, Députée, Nouveau Parti démocratique du Canada, Présidente du caucus et porte-parole – logement et immigration, Vancouver-Est (Canada)

**Bernd Lange**, membre du Parlement européen, président de la commission du commerce international, Parti social-démocrate d'Allemagne, Hanovre, Allemagne

**Stephen Lynch**, membre du Congrès (D-MA, 8), Massachusetts, (États-Unis d'Amérique)

**Brian Masse**, Député, Nouveau Parti démocratique du Canada, Porte-parole en matière d'Innovation, de Science et d'Industrie, de Stratégie automobile, de Relations frontalières Canada/États-Unis et des Grands Lacs, Windsor-Ouest (Canada)

**Lindsay Mathysen**, Députée, Nouveau Parti démocratique du Canada, Porte-parole - Défense nationale, London-Fanshawe (Canada)

**Betty McCollum**, membre du Congrès (DFL-MN, 4), Minnesota, (États-Unis d'Amérique)

**Heather McPherson**, Députée, Nouveau Parti démocratique du Canada, Porte-parole en matière d'Affaires étrangères et whip adjointe, Edmonton-Strathcona (Canada)

**Dirk-Ulrich Mende**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole adjoint en matière d'administration locale pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Lower Saxony, Germany (Allemagne)

**Yasir Naqvi**, Député, Parti libéral du Canada, Ottawa-Centre (Canada)

**Jennifer O'Connell**, Députée, Parti libéral du Canada, Pickering-Uxbridge (Canada)

**Rasha Nasr**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole pour la Migration et l'Intégration, Porte-parole adjointe pour le Travail et la Politique Sociale pour le groupe SPD au *Bundestag*, Dresde (Allemagne)

**Aydan Özoğuz**, Membre du *Bundestag*, Vice-président du *Bundestag*, Hamburg-Wandsbek (Allemagne)

**Christian Petry**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole pour les Affaires de l'Union européenne pour le groupe parlementaire SPD au *Bundestag*, Sankt Wendel (Allemagne)

**Nina Scheer**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole pour la Protection du Climat et l'Energie pour le groupe parlementaire SPD au *Bundestag*, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd (Allemagne)

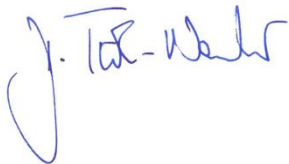
**Johannes Schraps**, membre du *Bundestag*, porte-parole adjoint pour les Affaires de l'Union européenne pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Weser Uplands (Allemagne)



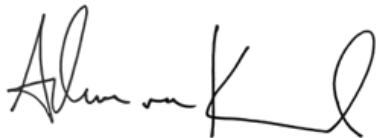
**Jagmeet Singh**, Député, Nouveau Parti démocratique du Canada, Chef, Burnaby-Sud (Canada)



**Ralf Stegner**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole pour les Relations transatlantiques et les États-Unis pour le groupe parlementaire SPD au *Bundestag*, Pinneberg (Allemagne)



**Derya Türk-Nachbaur**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole adjointe pour les Droits de la personne et l'aide humanitaire pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Forêt-Noire-Baar (Allemagne)



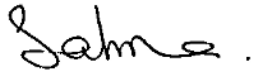
**Adam van Koeverden**, Député, Parti libéral du Canada, Milton (Canada)



**Lena Werner**, Membre du *Bundestag*, porte-parole adjointe pour la Politique économique pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Bitburg (Allemagne)



**Gülistan Yüksel**, Membre du *Bundestag*, porte-parole adjointe pour la Migration et l'Intégration pour le groupe parlementaire du SPD au *Bundestag*, Mönchengladbach, (Allemagne)



**Salma Zahid**, Députée, Parti libéral du Canada, Scarborough-Centre (Canada)



**Armand Zorn**, Membre du *Bundestag*, Porte-parole adjoint pour la Politique fiscale pour le groupe parlementaire SPD au *Bundestag*, Francfort-sur-le-Main (Allemagne)